



Die Stadtverordnetenversammlung

## **Tagesordnung I Punkt 5 der öffentlichen Sitzung am 15. Dezember 2016**

Antrags-Nr. 16-F-02-0039

### **Mehr Sicherheit für Wiesbaden**

**- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 07.12.2016 -**

Im Mai 2013 hat die Stadtverordnetenversammlung die Einführung eines auf vier Jahre angelegten Sicherheits- und Sauberkeitsprojektes beschlossen. Im Rahmen dieses Projektes, welches am 30. April 2017 endet, wurde der befristeten Einstellung von 25 zusätzlichen Ordnungskräften zugestimmt. Im März 2016 hat die Stadtverordnetenversammlung eine Evaluation zur Kenntnis genommen die gezeigt hat, dass für die effiziente Aufgabenerfüllung des Ordnungsamtes die Weiterbeschäftigung der zusätzlichen Ordnungspolizeibeamten unerlässlich ist. Die Evaluation hat außerdem gezeigt, dass kein Sachgrund für die Befristung der Stellen vorliegt. Mittlerweile wurden bereits drei Mitarbeiter in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen. Damit die Mitarbeiter noch vor Weihnachten Gewissheit über ihre berufliche Zukunft haben und zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der Landeshauptstadt Wiesbaden, sollten die Verträge aller Mitarbeiter entfristet werden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Verträge der verbleibenden 22 Mitarbeiter des „Sicherheits- und Sauberkeitsprojektes“ werden zum 1. Mai 2017 entfristet. Die Mitarbeiter werden in ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis übernommen.
2. Der Magistrat wird beauftragt, die dafür nötigen Planstellen zu besetzen und - wenn nötig - neue Planstellen beim Ordnungsamt zu schaffen. Dies soll so geschehen, dass eine nahtlose Weiterbeschäftigung der Mitarbeiter garantiert ist.
3. Die Finanzierung für die Übernahme aller 25 Mitarbeiter in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis auf Planstellen erfolgt aus der Allgemeinen Finanzwirtschaft. Das erforderliche Budget wird Dezernat VII ab dem Haushaltsjahr 2018 dauerhaft zugesetzt. Die Mindereinnahmen für das Haushaltsjahr 2017 werden einmalig durch die Allgemeine Finanzwirtschaft gedeckt.

---

### **Änderungsantrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 15.12.2016**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Ergänze nach Beschlussziffer 3:

4. Zur besseren Dokumentation der Umsetzung und der erfolgreichen Einsetzung der zusätzlichen Ordnungskräfte ist im Rahmen der bestehenden Systeme eine Berichtstruktur aufzubauen. Diese soll eine konkrete Zuordnung von Kosten und Einnahmen sowie die Entwicklung der Fallzahlen und Personalkosten ermöglichen.

## Beschluss Nr. 0510

Der Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 07.12.2016 betr.

Mehr Sicherheit für Wiesbaden

wird wie folgt angenommen:

1. Die Verträge der verbleibenden 22 Mitarbeiter des „Sicherheits- und Sauberkeitsprojektes“ werden zum 1. Mai 2017 entfristet. Die Mitarbeiter werden in ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis übernommen.

Die Ziffern 2 und 3 und die ergänzte Ziffer 4 werden zur weiteren Beratung und Beschlussfassung an den Haupt- und Finanzausschuss überwiesen:

2. Der Magistrat wird beauftragt, die dafür nötigen Planstellen zu besetzen und - wenn nötig - neue Planstellen beim Ordnungsamt zu schaffen. Dies soll so geschehen, dass eine nahtlose Weiterbeschäftigung der Mitarbeiter garantiert ist.
3. Die Finanzierung für die Übernahme aller 25 Mitarbeiter in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis auf Planstellen erfolgt aus der Allgemeinen Finanzwirtschaft. Das erforderliche Budget wird Dezernat VII ab dem Haushaltsjahr 2018 dauerhaft zugesetzt. Die Mindereinnahmen für das Haushaltsjahr 2017 werden einmalig durch die Allgemeine Finanzwirtschaft gedeckt.
4. Zur besseren Dokumentation der Umsetzung und der erfolgreichen Einsetzung der zusätzlichen Ordnungskräfte ist im Rahmen der bestehenden Systeme eine Berichtstruktur aufzubauen. Diese soll eine konkrete Zuordnung von Kosten und Einnahmen sowie die Entwicklung der Fallzahlen und Personalkosten ermöglichen.

1. Dem Vorsitzenden des Haupt- und Finanzausschusses mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .12.2016

2. Dem Magistrat mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gabriel  
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat  
-16 -

Wiesbaden, .12.2016

1. Dezernat III i. V. m. Dezernat VII zu Ziffer 1 mit der Bitte um weitere Veranlassung

2. Abdruck:

Dezernat III i. V. m. Dezernat VII zu Ziffern 2-4  
Dezernat VI  
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gerich  
Oberbürgermeister